



NEWSLETTER

10

2024

OKTOBER

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT

 **Bundestagsbüro Berlin**
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

nezahat.baradari@bundestag.de

030 / 22 77 12 60

 www.nezahat-baradari.de/

 <https://www.facebook.com/Baradari2023/>

 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Im Oktober wurden drei große Gesetze im Bundestag beschlossen. Der Haken: Zwei davon müssen noch den Bundesrat passieren. Aber der Reihe nach.

Das Krankenhausversorgungs-Verbesserungsgesetz (KHVVG), umgangssprachlich **Krankenhausreform** genannt, hat das Zeug zu einer Reform, die das Prädikat historisch verdient. Weniger ökonomischer Druck auf die Kliniken, bessere Versorgungsqualität – und das flächendeckend in Deutschland: Mit der Krankenhausreform wollen wir die stationäre Versorgung zukunftsfest machen. Nach zum Teil heftigen Diskussionen hat der Bundestag am 17. Oktober endlich das KHVVG verabschiedet. Ich halte diese Reform mit der stärkeren Spezialisierung und Zentralisierung von Krankenhäusern sowie der Einführung eines Vorhalteentgelts für dringend notwendig, um die Strukturen und die Finanzierung im Krankenhausbereich zu verbessern. Ein Umbaufonds in Höhe von 50 Milliarden Euro soll den Umbau der Krankenhauslandschaft unterstützen und die Patientensteuerung verbessern.

Besonders wichtig ist mir auch, dass es Ausnahmeregelungen für strukturschwache Regionen gibt. Und die Verstärkung der 420 Millionen Euro pro Jahr für Pädiatrie und Geburtshilfe freut mich als Kinderärztin besonders. Gerade hier sind die Vorhaltekosten besonders hoch. Dieser Bedarf wird mit dem Gesetz anerkannt.

Die Länder sind nun gefordert, die Reform nicht zu blockieren, um die Versorgung nicht zu gefährden. Sie haben im Bundesrat erheblichen Diskussionsbedarf angemeldet und befürchten eine Schwächung der Versorgung in der Fläche und einen Verlust der Planungshoheit. Die Reform will aber gerade den ländlichen Raum stärken! Der Abbau von Überversorgung betrifft vor allem Ballungsräume und Speckgürtel. Insgesamt ist die Reform ein entscheidender Schritt für das deutsche Gesundheitswe-



sen. Eine Blockadehaltung wäre fatal für die Versorgung vor allem im ländlichen Raum und würde genau zu der kalten Strukturbereinigung im Krankenhausbereich führen, vor der die Landesgesundheitsminister immer wieder warnen.

Mit dem **Sicherheitspaket** der Bundesregierung haben wir ein Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage in Deutschland auf den Weg gebracht. Als Reaktion auf die schreckliche Messerattacke in Solingen werden die Sicherheitsbestimmungen verschärft. Dort waren im August auf einem Volksfest drei Menschen erstochen worden. Bei einer ähnlichen Tat in Mannheim war zuvor ein Polizist erstochen worden. Das Sicherheitspaket besteht aus zwei Gesetzentwürfen.

Das **Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylrechts** ist in Kraft getreten. Danach sollen Asylbewerberinnen und Asylbewerber, für deren Schutzersuchen nach den so genannten Dublin-Regeln ein anderes europäisches Land als Ersteinreisland zuständig ist, von staatlichen Leistungen ausgeschlossen werden – wenn ihnen die Ausreise rechtlich und tatsächlich möglich ist und sie dies nicht tun. Ausnahmen soll es geben, wenn Kinder betroffen sind. Außerdem soll das Messerverbot im öffentlichen Raum ausgeweitet werden.

Der **Gesetzentwurf zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung** wurde im Bundestag verabschiedet, im Bundesrat jedoch von der Union blockiert. In diesem Gesetz geht es um mehr Möglichkeiten für die Sicherheitsbehörden, neue Befugnisse beim Datenzugriff und der Datenauswertung sowie beim biometrischen Abgleich öffentlich zugänglicher Daten wie zum Beispiel in den sozialen Medien. Auch wenn das Maßnahmenpaket in unserer Partei nicht unumstritten ist, stimme ich unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zu, die diese Blockade als „völlig unverständlich und verantwortungslos“ bezeichnet. Die Union verweigert damit den Ermittlungsbehörden Befugnisse, die aus meiner Sicht angesichts der aktuellen Bedrohungen wie zunehmendem Terrorismus, Rechts extremismus und Islamismus sowie Antisemitismus und steigender Gewaltkriminalität notwendig sind.

Kein Tag vergeht derzeit ohne **Hiobsbotschaften aus der Industrie**. Wir in Südwestfalen können noch

nicht wirklich abschätzen, was die Krise der Automobilindustrie im Allgemeinen und des Volkswagenkonzerns im Besonderen für unsere mittelständischen Unternehmen bedeutet, die zu einem nicht unerheblichen Teil als Zulieferer für diese Branche tätig sind. Ich befürchte, dass wir hier vor einer Durststrecke stehen, deren Folgen wir noch gar nicht absehen können. Das Gleiche gilt für ThyssenKrupp und seine Stahlsparte. Alles, was wir jetzt bei VW diskutieren, hat Auswirkungen auf die Stahlproduktion. Der Handlungsdruck steigt und ich erwarte vom Vorstand endlich ein Zukunftskonzept, das dem Unternehmen und den Beschäftigten gerecht wird. Manager mit Millionengehältern bauen Mist – und die Arbeiterinnen und Arbeiter sollen dafür bluten? Auch die Landesregierung spielt hier eine unrühmliche Rolle. Die Situation ist zu ernst für parteipolitische Spielchen. Wir wollen die Menschen, die um ihre Arbeitsplätze bangen, nicht im Regen stehen lassen. Die Landesregierung sollte endlich alle an einen Tisch holen.

Ganz aktuell ist ein Brief Lindners angeblich durchgesickert, in dem er der Politik der letzten Jahre und damit auch seiner eigenen Regierung, der er als Finanzminister angehört, vorwirft, die wirtschaftliche Schwäche bewusst herbeigeführt zu haben und Deutschland damit selbst zu schwächen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir auf keinen Fall einem Sozialabbau der neoliberalen FDP zustimmen! Ich fühle mich an das Jahr 1982 erinnert, als der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt durch ein Misstrauensvotum gestürzt wurde. Der gescholtene Schmidt war für mich der Grund, 1984 in die SPD einzutreten, um für unsere sozialdemokratischen Werte zu kämpfen.

Was die nächsten Wochen in Berlin bringen werden, kann ich nicht sagen. In einer schwierigen Zeit der internationalen Krisen mit Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, mit einer schwächelnden Wirtschaft und einer vor uns liegenden US-Wahl werden entscheidende Weichen für die Zukunft und die Stabilität der Demokratien in der EU und in Europa gestellt. Ich glaube nicht, dass dies die Zeit für parteipolitisches Taktieren ist – gerade kurz vor der Verabschiedung des Haushalts –, sondern die Zeit, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen trotz



schwieriger Koalitionspartner, die alles in die Öffentlichkeit tragen.

In diesem Newsletter findet Ihr wie gewohnt Artikel u. a. über meine Arbeit im Oktober vor Ort im Wahlkreis. Es ist für jeden etwas dabei. Aber lest selbst ...Ich wünsche Euch viel Spaß und freue mich auf Rückmeldung.

Mit solidarischen Grüßen
Eure Nezahat

Nezahat

PS: Bitte denkt daran: Wenn ihr 60 Jahre und älter seid oder ein erhöhtes Risiko für einen schweren COVID-19-Krankheitsverlauf habt, dann empfiehlt die STIKO eine jährliche Auffrischung im Herbst. Zudem ist eine jährliche Grippeimpfung ratsam.

INHALT

Intro	1
100 Jahre AWO Lüdenscheid: Ein Jahrhundert im Einsatz für soziale Gerechtigkeit	4
Gegen Tarifflicht! Betriebsräte und Tarifbindung stärken.....	5
Gemeinsamer Bürgerdialog zu Gesundheitspolitik mit Karl Lauterbach.....	7
Ein Treffen mit altbekannten Freundinnen und Freunden	8
Einweihung des Vereinsheims.....	8
Jahreshauptversammlung des SPD-Gemeindeverbandes Kirchhundem	9
Kierspe im Zeichen des Schützenwesens.....	9
Aus der Hilfebedürftigkeit finden.....	10
Seit 44 Jahren engagiert für die Rechte von Kindern.....	11
Jährlich 5000 Beratungen durch die Verbraucherzentrale.....	12
Gemeinsam Arbeit ermöglichen	13
Gesundheitspreis „Starke Schule, starke Seele“	14
4 Milliarden Euro für bessere frühkindliche Bildung	15
Bund: Fast 22 Milliarden Euro für bezahlbaren Wohnraum	16
Rede vor dem Hohen Haus.....	17
Heike Heubach hält erste Rede in Gebärdensprache.....	18
Veranstaltungshinweis: Ist Migration an allem Schuld?	19

100 Jahre AWO Lüdenscheid: Ein Jahrhundert im Einsatz für soziale Gerechtigkeit

Die Arbeiterwohlfahrt Lüdenscheid (AWO) feierte kürzlich ein beeindruckendes Jubiläum: Seit 100 Jahren setzt sie sich für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in unserem Gemeinwesen ein. Als Bundestagsabgeordnete und Mitglied in der Arbeitsgruppe AWO der SPD-Bundestagsfraktion sowie als Mitglied des AWO-Kreisverbandes Hagen-Märkischer Kreis war es mir eine besondere Ehre, bei diesem Festakt im Geschichtsmuseum der Stadt Lüdenscheid zu sprechen und auf ein Jahrhundert unermüdlicher Arbeit und Erfolge zurückzublicken.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1924 durch Christine Schnur und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter steht die AWO in Lüdenscheid für Solidarität, Mitmenschlichkeit und den Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Im Laufe der Jahrzehnte ist die AWO zu einem unverzichtbaren Teil unseres Gemeinwesens geworden. Nicht nur in ihrer täglichen Arbeit, sondern auch durch ihre kritischen Impulse ist die AWO ein wichtiger Ratgeber für die Sozialpolitik, insbesondere auch für die SPD. Aktuell weist sie auf die Ungleichheit in der finanziellen Familienförderung hin: Während besonders wohlhabende Familien von Kinderfreibeträgen profitieren, werden Familien mit geringem Einkommen strukturell benachteiligt. Durch die Bevorzugung wohlhabender Familien verzichtet der Staat laut AWO jährlich auf rund 3,5 Milliarden Euro – Geld, das für einkommensschwache Familien dringend gebraucht wird.

Deshalb setzen sich mein Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich, meine Kolleginnen und ich für eine Erhöhung des Kindergeldes ein, damit die Unterstützung auch wirklich dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird. Für uns als SPD ist der kritische soziale Impuls der AWO unverzichtbar und wir sind sehr dankbar für die stetigen Denkanstöße.

Ich danke allen, die dieses besondere Jubiläum möglich gemacht haben, insbesondere den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich seit 1924 unermüdlich für die AWO und die Menschen in Lüdenscheid einsetzen. Auf die nächsten 100 Jahre Engagement für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!



Vorne v. l. Karin Löhr, Kreisvorsitzende, Margret Mannesmann, Enkeltochter der Gründerin, Michael Scheffler, Bezirksvorsitzender. Hinten v. l. Michael Rolland, Rolf Breucker und Klaus Weber



Gegen Tarif- flucht! Betriebsräte und Tarifbindung stärken

ONLINE-DISKUSSION

BETRIEBSRÄTINNEN UND -RÄTEN DEN RÜCKEN STÄRKEN

ONLINE-DISKUSSION MIT HUBERTUS HEIL



Nezahat Baradari, MdB
*Mitglied im erweiterten
Fraktionsvorstand der
SPD-Bundestagsfraktion*



Hubertus Heil, MdB
*Bundesminister für Arbeit und Soziales
der Bundesrepublik Deutschland*

In den letzten drei Jahren arbeiteten nur noch etwa die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland unter Tarifbedingungen. Diese Entwicklung tut unserem Land nicht gut.

Deshalb setzen sich unsere Partei und auch die Bundesregierung aktiv dafür ein, diese Entwicklung zu stoppen. Unter dem Motto „Betriebsrätinnen und Be-

triebsräten den Rücken stärken“ organisierte ich eine erfolgreiche Online-Konferenz mit über 30 Betriebsräten aus dem Kreis Olpe und dem südlichen Märkischen Kreis.

Gast war kein Geringerer als unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Hubertus sprach über die wirtschaftliche Lage und die Herausforderungen für die



Industriepolitik und betonte die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Investitionen und Infrastruktur zu verbessern.

Die SPD hat bereits Erfolge durch Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz erzielt, um die Rechte der Betriebsräte zu stärken.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen besser geschützt werden, wenn sie einen Betriebsrat gründen wollen. Auch die Betriebsratsarbeit soll besser geschützt werden. Dazu sollen Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder nicht mehr nur auf Antrag (Antragsdelikt), sondern als Offizialdelikt von Amts wegen verfolgt werden. Damit soll künftig leichter gegen Unternehmen vorgegangen werden können, die die Betriebsratsarbeit boykottieren.

Bei einem Offizialdelikt muss die Staatsanwaltschaft ermitteln, sobald sie von einer möglichen Straftat erfährt. Bisher wurde die Behinderung der Mitbestimmung nur auf Antrag verfolgt.

Auch Online-Betriebsratswahlen sollen erprobt werden, denn die Betriebsratswahlen müssten an das digitale Zeitalter angepasst werden.

Das sind wichtige und notwendige Verbesserungen für mehr Mitbestimmung und für eine gute Industriepolitik in unserem Land. Ein zentrales Anliegen bleibt die Förderung der Tarifbindung und der betrieblichen Mitbestimmung. Das geplante Tariftreuegesetz soll so bald wie möglich umgesetzt werden.

Die rückläufige Tarifbindung muss wieder gestärkt werden. Denn Tarifverträge sorgen dafür, dass die Beschäftigten mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen bekommen.

1998 hatten in den alten Bundesländern noch 76 Prozent der Beschäftigten einen Tarifvertrag. Im Westen sank die Tarifbindung bis zum vergangenen Jahr um 25 Prozentpunkte auf 51 Prozent. 1998 galten in Ost-

deutschland für 63 Prozent der Beschäftigten Tarifverträge. Bis 2023 sank dieser Anteil um 19 Prozentpunkte auf 44 Prozent.

„Dazu hat auch beigetragen, dass nicht tarifgebundene Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen bislang einen Wettbewerbsvorteil gegenüber tarifgebundenen Unternehmen haben“ heißt es in dem Gesetzentwurf, der nach anfänglicher Blockade im Finanzministerium nun auf den Weg gebracht wurde.

Unser Fraktionschef Rolf Mützenich hält das Tariftreuegesetz für eines der wichtigsten Projekte der Koalition in den kommenden Monaten. Das Gesetz wäre auch 75 Jahre nach der Gründung des DGB ein passendes und überfälliges Gesetz.

Der Gesetzentwurf besagt, dass Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausführung von öffentlichen Aufträgen, Aufträgen und Konzessionen des Bundes nach Tarifvertrag bezahlen müssen. Damit soll der Wettbewerb über die Löhne eingeschränkt werden. Hubertus Heil argumentiert, dass Beschäftigte durch Tarifverträge mehr verdienen als durch den Mindestlohn. Im Durchschnitt liegt der Stundenlohn bei Tariflöhnen um 4,50 Euro höher. Monatlich sind das bei Vollzeitjobs 700,50 Euro mehr. Mein Dank gilt allen Betriebsräten: Starke Mitbestimmung und Tarifbindung stehen für bessere Arbeitsbedingungen. Sie setzen sich für Ihre Belegschaften ein und übernehmen gerade in Krisenzeiten Verantwortung. Deshalb brauchen wir starke Betriebsrätinnen und Betriebsräte.

Ich habe mich gefreut, dass das Online-Meeting von sehr vielen Betriebsräten genutzt wurde. Übrigens: Die nächste Betriebsrätekonferenz findet am 11. November in Berlin statt und ich freue mich schon jetzt, wieder viele Betriebsräte digital und vor Ort im Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion zu treffen.

Gemeinsamer Bürgerdialog zu Gesundheitspolitik mit Karl Lauterbach

„Fraktion-vor-Ort“ in Leverkusen

Im Oktober fand in Leverkusen eine „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung mit unserem Gesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach und mir statt. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, mit uns über wichtige gesundheitspolitische Themen zu diskutieren.

Im Mittelpunkt standen die jährlichen Extrabudgets für die Kinder- und Jugendgesundheit in Höhe von 300 Millionen Euro und für die Frauenheilkunde in Höhe von 120 Millionen Euro, das Gesunde-Herz-Gesetz (GHG), das neu zu gründende Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit, die Krankenhausreform sowie die Anliegen der Apothekerschaft. Als zuständige Berichterstatterin erläuterte ich die Ziele des GHG, das Herz-Kreislauf-Erkrankungen durch Prävention und bessere Versorgung bekämpfen soll. Noch immer sterben in Deutschland zu viele Menschen an Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Ein weiteres zentrales Thema war die Krankenhausreform. Minister Lauterbach informierte über die geplanten Veränderungen, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ich stimme ihm zu: Nicht Ökonomie, sondern Qualität und Patientenorientierung stehen im Mittelpunkt der Krankenhausreform. Diese hat den Bundestag in 2./3. Lesung passiert und steht auf der Tagesordnung der Bundesratssitzung am 22. November, wo wir davon ausgehen, dass der Vermittlungsausschuss angerufen wird.

Sehr gefreut habe ich mich auch über das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Leverkusen: Über 100 Zuhörerinnen und Zuhörer waren gekommen.

Es ist wichtig, dass wir im direkten Austausch mit allen Betroffenen und Leistungserbringern stehen, denn die Reformen im Gesundheitswesen gehen uns alle an.



Ein Treffen mit altbekannten Freundinnen und Freunden

Herzlichen Dank für die Einladung der alevitischen Gemeinde Hacibektaş Veli Cemevi Olpe in Lennestadt zu einem Frühstück mit Spendensammlung zugunsten von Menschen mit [Muskeldystrophie Duchenne](#). Diese Krankheit ist eine genetisch bedingte, fortschreitende Muskelerkrankung, von der vor allem Jungen betroffen sind. Sie ist die häufigste muskuläre Erbkrankheit im Kindesalter und schreitet schnell voran. Bei dieser Gelegenheit konnte ich auch viele meiner kleinen Patienten wiedersehen und es wurden mir viele Fragen zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts – Stichwort [doppelte Staatsangehörigkeit](#) – gestellt. So konnte ich Privates, Berufliches und Politisches miteinander verbinden.



Einweihung des Vereinsheims

Herzlichen Glückwunsch dem Sportverein Türk Lüdenscheid und seinem Vorsitzenden Hayati Eker zur gelungenen Einweihung des Vereinsheims. Der 1978 von türkischstämmigen „Gastarbeitern“ gegründete türkische Sportverein ist seit über 45 Jahren eine feste Größe im Fußballgeschehen des Märkischen Kreises. Auch Kinder und Jugendliche spielen in 10 Mannschaften von den A- bis zu den F-Junioren und profitieren von den Angeboten. Sport ist das beste Mittel gegen Übergewicht, Einsamkeit und Sucht. Mannschaftssport fördert auch den sozialen Zusammenhalt. Ich wünsche den Fußballspielern viel Spaß und Erfolg – das nächste Ziel wird wohl der Wiederaufstieg der 1. Mannschaft in die Bezirksliga sein, aus der sie in der Saison 2023/2024 in die Kreisliga A Lüdenscheid abgestiegen ist. Ich drücke feste die Daumen!

Jahreshauptversammlung des SPD-Gemeindeverbandes Kirchhundem

Immer wieder gerne besuche ich unsere örtlichen SPD-Gliederungen, so auch jetzt den Gemeindeverband Kirchhundem. Ich bin beeindruckt, was dort gerade in der Kommunalpolitik geleistet wird. Der Vorsitzende Manuel Behle führte souverän durch die Jahreshauptversammlung, bei der ich auch gerne einen kurzen Vortrag zu den aktuellen Gesundheitsthemen gehalten habe, die derzeit die Bundespolitik bestimmen.

Aktuell stehen viele Gesetze an, die beispielsweise die Digitalisierung in der Medizin vorantreiben und den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken sollen. Außerdem habe ich über die Industriepolitik der Bundesregierung und die Situation von ThyssenKrupp Steel gesprochen, aber auch über die Situation der Automobilindustrie, Stichwort Volkswagen.

Meine herzlichen Glückwünsche gingen an diesem Abend natürlich auch an die wiedergewählten Genossinnen und Genossen: Martin Schädler als 2. Vorsitzender, Ralph von Schledorn (Schatzmeister) und die Revisoren Wolfgang Siebert und Romina Christ.



Kierspe im Zeichen des Schützenwesens

Vielen Dank für die Einladung zur tollen Feierstunde zum 73. Westfälischen Schützenfest in Kierspe.

Extra zum Westfälischen Schützenfest wurde eine Spenden- und Hilfsaktion für den Deutschen Kinderhospizverein ins Leben gerufen. Vor Ort in Kierspe konnten Lose gekauft und attraktive Preise gewonnen werden. Eine schöne Idee für eine gute Sache! Dort traf ich zufällig auch die liebe Genossin Bettina Pregitzer aus Halver und wir ließen uns ein Photo mit dem Maskottchen des Westfälischen Schützenbundes nicht entgehen!

Aus der Hilfebedürftigkeit finden

Eine Zahl, die uns Mut macht: Von den Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland kamen und bis heute hier leben, sind inzwischen rund 70 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies zeigt, dass sich ihre Integration in den Arbeitsmarkt positiv entwickelt hat

Zusammen mit unserer Landtagsabgeordneten Christin-Marie Stamm traf ich mich kürzlich mit Stephanie Krömer, Vorsitzende der Geschäftsführung der Siegener Arbeitsagentur, und Hans-Georg Völmicke, Geschäftsführer des Jobcenters Olpe, zu einem offenen Austausch im Jobcenter Olpe.

Hierbei konnten wir auch einige in sozialen Medien kursierende Missverständnisse richtigstellen: Für die meisten Beschäftigten ist es langfristig nicht attraktiv, auf das Bürgergeld angewiesen zu bleiben, sondern eine nachhaltige Beschäftigung anzustreben. Auch für Geflüchtete aus der Ukraine gibt es nun keine Wartezeiten mehr, wenn sie in den Arbeitsmarkt eintreten möchten. Dass zuvor vor allem viele Frauen und Kinder aus der Ukraine das Bürgergeld in Anspruch nehmen mussten, lag oft an fehlenden Betreuungsmöglichkeiten.

Erfreulich ist zudem, dass sich der Arbeitsmarkt derzeit stabil zeigt. Besonders bei den 15- bis 25-Jährigen sank die Arbeitslosenquote im September um rund 10 Prozent gegenüber dem Vormonat. Dies ist auf die Überwindung von Übergangsphasen, etwa nach Ausbildungsende, und auf zahlreiche erfolgreiche Berufseinstiege in den vergangenen Wochen zurückzuführen.



Mit v. l. Stephanie Krömer, Hans-Georg Völmicke und Christin-Marie Stamm

Ein wichtiger Schritt bleibt, dass Bürgergeldempfänger regelmäßiger zu Vermittlungsgesprächen eingeladen werden. „Wir müssen die Leute an den Tisch bekommen, damit sie den Weg aus der Hilfebedürftigkeit finden“, betonte Herr Völmicke. Für diese Aufgabe stehen im Jobcenter viele engagierte und qualifizierte Mitarbeiter bereit.

Seit 44 Jahren engagiert für die Rechte von Kindern

Ohne das Engagement von Ehrenamtlichen und motivierten Mitarbeitenden würde es um die Zukunft unserer Kinder deutlich schlechter aussehen! Der Kinderschutzbund Ortsverband Lüdenscheid leistet seit 44 Jahren wertvolle Arbeit und setzt sich engagiert für die Rechte der Kinder ein.

Vor kurzem habe ich nicht nur als Bundestagsabgeordnete, sondern auch als Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes das Familienzentrum KiTa-Regenbogen besucht, das 2016 eröffnet wurde und in dem heute 75 Kinder betreut werden. Die Leiterin Frauke Muschlin und das Vorstandsteam mit dem Vorsitzenden Uwe Hindrichs führten mich durch die

liebvoll ausgestatteten Räume. Stolz erzählte das Team, dass die Kinder täglich gesunde Mahlzeiten erhalten und sogar abstimmen dürfen, wie das Essen ihnen geschmeckt hat – eine frühe Lektion in Demokratie.

Doch auch hier spürt man den Fachkräftemangel. Ab Anfang des nächsten Jahres könnte sich die Situation noch verschärfen, wenn keine ausreichenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Die klare Forderung an die NRW-Landesregierung lautet daher: Die Finanzierung der Kindergärten muss nachhaltig und verlässlich geregelt werden, um Schließungen zu verhindern. Der Bund unterstützt die Länder mit rund vier Milliarden Euro im Rahmen des KiTa-Qualitätsgesetzes – jetzt muss NRW handeln!

Die Vertreter des Kinderschutzbundes Lüdenscheid und ich sind uns einig: „Die Landesregierung darf die Kitas nicht im Regen stehen lassen!“



Auf dem Foto von links: 2. Vorsitzender Jamel Hellwig, Nezahat Baradari, Schatzmeister Dietrich Vehse, Kindergartenleiterin Frauke Muschlin und Vorsitzender Uwe Hindrichs

Jährlich 5000 Beratungen durch die Verbraucherzentrale

Mit v. l. Sebastian Menn, Heinz Vollmer, Maren Thomassohn
und Martin Wulf



len Bürgerinnen und Bürgern offen und das Angebot wird gut angenommen. Die Neutralität der Verbraucherzentrale ist für die Geschäftsstelle das höchste Gut. Neutralität, Diskretion und ein niederschwelliges Angebot sind nach wie vor die Kernpunkte.

Am Ende unseres Treffens wurde deutlich, dass die Verbraucherzentrale in Altenhudem eine wichtige Anlaufstelle darstellt und aus Altenhudem nicht mehr wegzudenken ist, weshalb die finanzielle Unterstützung durch Kreis und Gemeinde selbstverständlich ist. Vielen Dank für den guten Austausch!

In einem Gespräch mit Maren Thomassohn und Martin Wulf von der Verbraucherzentrale tauschte ich mich – gemeinsam mit dem SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Heinz Vollmer sowie dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden von Saalhausen und Co-Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Olpe, Sebastian Menn – über die Herausforderungen der Beratungsstelle aus. Die fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbraucherzentrale in Lennestadt beraten jährlich rund 5.000 Bürgerinnen und Bürger persönlich oder telefonisch.

Zur Beruhigung aller Beteiligten: Auch ab dem 1. Januar 2025 wird es im Kreis Olpe eine Schuldnerberatung geben. Im Kreistag wird intensiv an einer Lösung gearbeitet.

Zu den Beratungsschwerpunkten der Verbraucherzentrale in Lennestadt gehören Themen wie Energiekosten, Telefonverträge und Fitnessstudio-Mitgliedschaften. Gerade bei der Energieberatung schätzen die Bürgerinnen und Bürger die unabhängigen Informationen. Allerdings wird die Beratungsarbeit häufig durch Sprachbarrieren erschwert, da viele Ratsuchende einen Migrationshintergrund haben. Grundsätzlich steht die Verbraucherzentrale aber al-

Zur Beruhigung aller Beteiligten: Auch ab dem 1. Januar 2025 wird es im Kreis Olpe eine Schuldnerberatung geben. Im Kreistag wird intensiv an einer Lösung gearbeitet.

Zu den Beratungsschwerpunkten der Verbraucherzentrale in Lennestadt gehören Themen wie Energiekosten, Telefonverträge und Fitnessstudio-Mitgliedschaften. Gerade bei der Energieberatung schätzen die Bürgerinnen und Bürger die unabhängigen Informationen. Allerdings wird die Beratungsarbeit häufig durch Sprachbarrieren erschwert, da viele Ratsuchende einen Migrationshintergrund haben. Grundsätzlich steht die Verbraucherzentrale aber allen Bürgerinnen und Bürgern offen und das Angebot wird gut angenommen. Die Neutralität der Verbraucherzentrale ist für die Geschäftsstelle das höchste Gut. Neutralität, Diskretion und ein niederschwelliges Angebot sind nach wie vor die Kernpunkte.

Am Ende unseres Treffens wurde deutlich, dass die Verbraucherzentrale in Altenhudem eine wichtige Anlaufstelle darstellt und aus Altenhudem nicht mehr wegzudenken ist, weshalb die finanzielle Unterstützung durch Kreis und Gemeinde selbstverständlich ist. Vielen Dank für den guten Austausch!

Gemeinsam Arbeit ermöglichen

Besuch bei den Werthmann-Werkstätten im Kreis Olpe

Gemeinsam mit unseren NRW-Co-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten Sarah Philipp und Christin-Marie Stamm sowie Walter Sinzig vom SPD-Kreisverband Olpe hatte ich die Gelegenheit, die Werthmann-Werkstätten in Olpe zu besuchen. Unser Ziel: Einen tieferen Einblick in die unverzichtbare Arbeit zu bekommen, die dort geleistet wird. Unter dem Motto „Arbeit möglich machen“ bietet die Werkstatt rund 140 Menschen eine echte Perspektive auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und persönliche Weiterentwicklung.

Doch die aktuelle Wirtschaftslage und der Auftragsrückgang bei den heimischen Unternehmen setzen die Werkstätten unter Druck. In diesen schwierigen Zeiten bleibt zu hoffen, dass ein baldiger wirtschaftlicher Aufschwung für neue Impulse sorgt.

Die Werthmann-Werkstätten im Kreis Olpe sind eine wichtige Stütze für rund 670 Menschen mit psychischen oder geistigen Behinderungen. Sie bieten ihnen einen Platz in der Gemeinschaft und vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten:

- **Montage und Verpackung:** Vom Zusammenbau bis zur präzisen Verpackung.
- **Holz- und Metallverarbeitung:** Herstellung und Bearbeitung verschiedenster Produkte.
- **Textilverarbeitung und -veredelung:** Nähen, Sticken und Bedrucken.
- **Garten- und Landschaftsbau:** Pflege von Außenanlagen und Grünflächen.
- **Hauswirtschaft:** Praktische Tätigkeiten wie Kochen, Putzen und Wäschepflege.

- **Bürotätigkeiten:** Unterstützung bei administrativen Aufgaben und leichten Computerarbeiten.
- **Kreative Werkstätten:** Förderung der Kreativität durch Malen, Basteln oder Töpfern.



Nach der Besichtigung der Werkstatt in Olpe bat der Leiter der Werthmann-Werkstätten, Andreas Mönig, im anschließenden Gespräch darum, dass der Bund die Anrechenbarkeit der Ausgleichsabgabe abschafft. Dieses Anliegen nehme ich gerne mit nach Berlin, um es bei den Berichterstattern zu platzieren.

Die diversen Aufgaben stärken das Selbstbewusstsein der Beschäftigten und bereiten sie auf den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt vor. Ein herzliches Dankeschön an das engagierte Team der Werthmann-Werkstätten für ihren wertvollen Beitrag – sie leisten mit ihrer Arbeit einen unschätzbaren Dienst an unserer Gesellschaft!

Gesundheitspreis „Starke Schule, starke Seele“

Schulen können sich jetzt bewerben!



Archivbild: Besuch des Olper Berufskollegs

Das ist eine wertvolle Initiative zur Förderung der psychischen Gesundheit an Schulen: Bereits zum 14. Mal verleihen der AOK-Bundesverband und die Ärztekammer Berlin den Berliner Gesundheitspreis.

In diesem Jahr steht der Preis unter dem Motto „Starke Schule, starke Seele“. Gesucht werden herausragende Projekte, die gezielt im Schulalltag ansetzen und Schülerinnen und Schüler in ihrer seelischen Gesundheit unterstützen. Bewerbungen sind ab sofort bis zum 30. November 2024 möglich.

In Deutschland leben rund 14 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Corona-Pandemie hat auch bei uns die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen deutlich belastet. Zwar hat sich die Situation inzwischen verbessert, aber Ende 2022 hatte immer noch knapp ein Viertel der Kinder und Jugendlichen häufiger mit psychischen Auf-

fälligkeiten, Ängsten, Niedergeschlagenheit oder psychosomatischen Beschwerden zu kämpfen als vor der Pandemie. Die psychische Gesundheit junger Menschen bleibt ein wichtiges Thema – und Schulen sind zentrale Orte, um hier anzusetzen.

Der Preis richtet sich an alle Personen oder Institutionen, die gezielt bestimmte, besonders belastete Gruppen mit erhöhtem Er-

krankungsrisiko unterstützen und allen Schülerinnen und Schülern Angebote zur psychischen Gesundheit in der Schule unterbreiten. Die Entscheidung über die Preisträger trifft eine unabhängige Jury.

Der erste Preis ist mit 25.000 Euro dotiert, der zweite Preis mit 15.000 Euro und der dritte mit 10.000 Euro. Die besten Projekte werden im Sommer 2025 im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung ausgezeichnet werden.

Über zahlreiche Bewerbungen aus dem Kreis Olpe und dem südlichen Märkischen Kreis würde ich mich sehr freuen.

Weitere Informationen zur Ausschreibung und zur Bewerbung gibt es unter <http://www.berliner-gesundheitspreis.de> oder per [E-Mail](mailto:mailto:berliner-gesundheitspreis@berliner-gesundheitspreis.de) direkt bei Tamara Marraffa oder unter Telefon 030/34646-2294).

4 Milliarden Euro für bessere frühkindliche Bildung



Foto: Kakenimages.com/AdobeStock

Der Bundestag hat kürzlich das [Kita-Qualitätsgesetz weiterentwickelt](#) und stellt für die Jahre 2025 und 2026 insgesamt vier Milliarden Euro für die frühkindliche Bildung zur Verfügung. Ich begrüße die damit verbundenen Neuerungen sehr – insbesondere, dass der Betreuungsschlüssel und die Sprachförderung in den Mittelpunkt gerückt werden. Das sind zentrale Faktoren, um Kindern die besten Startbedingungen zu geben.

Mit dem Gesetz unterstützt der Bund die Länder dabei, die Qualität in der Kindertagesbetreuung weiterzuentwickeln und langfristig zu sichern. Wir wollen bundesweite Qualitätsstandards schaffen, auf die sich Eltern überall in Deutschland verlassen können. Jedes Bundesland ist verpflichtet, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel zu ergreifen, denn gut ausgebildetes Personal ist entscheidend, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Gleichwertige Lebensbedingungen für alle Kinder zu schaffen, ist ein zentrales Anliegen des Gesetzes.

Qualitativ hochwertige Kindertageseinrichtungen fördern die Chancengleichheit und tragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Davon profitieren nicht nur Kinder und Eltern, sondern auch die Wirtschaft: Eine gute frühkindliche Bildung stärkt die Bildungs- und Lebensperspektiven junger Menschen – eine Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit der Eltern und damit ein wichtiger Beitrag gegen den Fachkräftemangel.

Ich bin überzeugt: Dieses Gesetz wird der frühkindlichen Bildung einen entscheidenden Schub geben und dafür sorgen, dass alle Kinder Zugang zu verlässlichen und qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten haben.

Jetzt muss auch die Landesregierung unter Hendrik Wüst handeln! Es ist keine alleinige Aufgabe des Bundes, die Kindergärten nachhaltig und verlässlich zu finanzieren, um Schließungen zu verhindern

Bund: Fast 22 Milliarden Euro für bezahlbaren Wohnraum

Die Bundesregierung stärkt den sozialen Wohnungsbau: Gemeinsam mit den Ländern, kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen sowie Investoren investiert der Bund bis 2028 insgesamt 21,65 Milliarden Euro in den Bau und die Modernisierung von bezahlbarem Wohnraum. Diese Mittel sollen die Länder dabei unterstützen, dringend benötigten Wohnraum für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zur Verfügung zu stellen..

Das Ziel ist klar: Lebensqualität für alle gewährleisten. Im Fokus stehen dabei insbesondere Bevölkerungsgruppen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind:

- Senioren sollen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.
- Familien mit Kindern sollen in sicheren und stabilen Verhältnissen leben können.
- Berufstätige wie Busfahrer oder Pflegekräfte sollen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen können.
- Auch für Auszubildende und Studierende soll Wohnraum geschaffen werden, der ihnen die nötige Stabilität und Konzentration auf ihre Zukunft ermöglicht.

Um diese Investitionen zu begleiten, hat das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen die Kampagne „Sozialer Wohnungsbau“ ins Leben

gerufen. Bezahlbares Wohnen ist die Grundlage für ein gutes Leben. Der soziale Wohnungsbau ist ein Anker für alle Generationen und Lebenslagen. Deshalb freue ich mich sehr, dass insgesamt bis zu 46 Milliarden Euro in Projekte fließen, die den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum sichern.



Foto: Yakobchuk Olena/AdobeStock

Die Kampagne zeigt, wie modern und attraktiv sozialer Wohnungsbau sein kann und richtet sich an junge Familien, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und die Bauwirtschaft. Mit Plakaten, Anzeigen und einem umfangreichen Online-Auftritt informiert sie über die Möglichkeiten und Chancen des sozialen Wohnungsbaus.

Erfahrt mehr über die Kampagne auf der [Internetseite des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen](#), BMWSB.



Rede vor dem Hohen Haus

zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Europäischen Rat

Es war mir eine Ehre, zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Europäischen Rat vor dem Deutschen Bundestag sprechen zu dürfen. Es ist gut, dass wir das Thema faire Wettbewerbsbedingungen in Europa angehen. Im Bereich der industriellen Gesundheitswirtschaft gehen wir mit einem Pharmapaket voran. Es geht auch darum, Engpässe bei Arzneimitteln und geopolitische Abhängigkeiten von Drittstaaten zu verringern – nicht nur in Krisenzeiten. Wir alle kennen die Situation aus dem letzten Winter, als profane Medikamente wie Hustensaft oder Ibuprofen knapp wurden.

Ein zentrales Element ist die industrielle Gesundheitswirtschaft, die in Deutschland mehr als eine Million Menschen beschäftigt und über 100 Milliarden Euro zur Wertschöpfung beiträgt. Sie ist nicht nur Wach-

tumsmotor, sondern auch entscheidend für unsere Selbstständigkeit und Sicherheit. Durch gezielte Förderung und klare Rahmenbedingungen können wir Spitzenforschung betreiben und bahnbrechende Therapien entwickeln.

Das EU-Pharmapaket ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber die EU-Kommission unter von der Leyen muss mehr Tempo machen, um bürokratische Hürden zu überwinden.

Die Zukunft Europas liegt in unseren Händen und wir müssen die Weichen für ein starkes, innovatives und gerechtes Europa stellen – sozial, ökologisch und wirtschaftlich erfolgreich.

Links:

- Rede im [Original als Video](#)
- [Redetext im Plenarprotokoll](#)



Heike Heubach hält erste Rede in Gebärdensprache

Historischer Moment im Bundestag:

Meine Fraktionskollegin Heike Heubach hat am 10. Oktober eine historische Premiere gefeiert: Sie hielt als erste Abgeordnete im Bundestag eine Rede in Gebärdensprache. Mit hochgestreckten, winkenden Händen würdigten die Parlamentarier ihre Rede sowohl mit stillem als auch lautem Applaus – ein bewegender Moment für die Inklusion und Vielfalt im Parlament.

Seit März ist Heubach, die ursprünglich aus Bayern stammt und im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen tätig ist, als Nachrückerin für Uli Grötsch im Bundestag vertreten. Ihre Debütrede drehte sich um die geplante Novellierung des Baugesetzbuches. Unterstützt von einer

Simultandolmetscherin, wurde Heubachs Gebärdensprache direkt ins gesprochene Wort übersetzt, so dass alle Abgeordneten ihren Worten folgen konnten. Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz bezeichnete die Rede als „einen ganz besonderen Moment“ und betonte, dass die Inklusion gehörloser Menschen das Parlament besser und repräsentativer macht. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas begrüßte Heubach zu Beginn der 160. Sitzung im März mit den Worten: „Heute schreiben wir tatsächlich Geschichte“, was den besonderen Wert dieser ersten Rede in Gebärdensprache unterstrich.

Heike Heubach ist durch das Dolmetscherteam in der Lage, aktiv am Parlamentsalltag teilzunehmen. Für sie sei es, wie sie später der Deutschen Presse Agentur sagte, ein „besonderes und aufregendes Gefühl“, die Debatten endlich live und in Echtzeit erleben zu können. Damit setzt Heubach ein starkes Zeichen für die rund 80.000 gehörlosen Menschen in Deutschland und verleiht ihnen im Bundestag eine Stimme.



Auch das Parlamentsfernsehen sendet inzwischen ausgewählte Debatten und Gedenkstunden in Deutscher Gebärdensprache (DGS) – ein wichtiger Schritt, um das politische Geschehen für Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen zugänglicher zu machen.

Dieser historische Moment zeigt: Der Bundestag geht weitere Schritte zur Inklusion und macht sichtbar, dass Vielfalt ein fester Bestandteil unserer Demokratie ist.



AGENDA-FORUM der Hansestadt Attendorn LÄDT EIN

Foto: pressmaster/AdobeStock

IST MIGRATION AN ALLEM SCHULD?

Diskussion mit der Bundestagsabgeordneten Nezhahat Baradari

- Überfüllte Schulklassen und Kitas
- Fehlender bezahlbarer Wohnraum
- Keine Termine beim Zahnarzt
- Zunehmende Gewalt und Respektlosigkeit ...

Ist Migration an allem schuld?

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Nezhahat Baradari wird die aktuelle Lage analysieren, Ausblicke darstellen und die Chancen von Migration für unsere Gesellschaft aufzeigen. Seien Sie dabei und bringen Sie Ihre Fragen und Meinungen mit! Gemeinsam wollen wir einen offenen Dialog führen und neue Perspektiven entdecken. **Wir freuen uns auf Ihr Kommen!**

WANN?

21.11.2024

18.30 Uhr

WO?

**Bürgerhaus
Alter Bahnhof
Attendorn**



Nezhahat Baradari, MdB, Foto: Maurice Weiss